

Zeitschrift: Geographica Helvetica : schweizerische Zeitschrift für Geographie = Swiss journal of geography = revue suisse de géographie = rivista svizzera di geografia

Herausgeber: Verband Geographie Schweiz ; Geographisch-Ethnographische Gesellschaft Zürich

Band: 65 (2010)

Heft: 3

Artikel: Räume der Unsicherheit : Konstruktion, Emanzipation und Exklusion durch Sicherheitspolitik

Autor: Hagmann, Jonas

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-872752>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 06.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Essay / Essay / Essai

Räume der Unsicherheit: Konstruktion, Emanzipation und Exklusion durch Sicherheitspolitik

Jonas Hagmann, Zürich

1 Einleitung

Lange wurde in der Schweiz über die Revision der nationalen Sicherheitsdoktrin debattiert. Obwohl ein umfassender Konsultationsprozess schon im Frühjahr 2009 durchgeführt wurde, waren die Vorstellungen über Inhalt und Schlussfolgerungen derart unterschiedlich, dass ein definitiver Bericht erst im Sommer 2010 publiziert werden konnte. Die Schwierigkeit der involvierten Akteure, sich auf die Konzeptionalisierung und Ausrichtung der nationalen Sicherheitsdoktrin zu einigen, widerspiegelt die fundamentale Rolle der Gefahrenbilder, die sie definieren müssen. Denn Gefahrenbilder zeichnen politische Realitäten: Gefahrendiskurse legen fest, wer geschützt, gegen wessen Handeln gesichert, und wie auf anerkannte Gefahren reagiert werden soll. Terrorismus, Klimawandel und Hooliganismus stellen somit nicht bloss funktionell unterschiedliche Gefahrendiskurse dar. Durch ihre differenzierten Vorstellungen von Bedrohenden und Bedrohten schaffen und formen Gefahrendiskurse vielmehr auch politische Räume, und sie schliessen Anweisungen für deren Handhabung oft gleich mit ein.

Wer definiert Sicherheit, wie und wozu? Seit ihrem Aufkommen in der Disziplin der Internationalen Beziehungen in den frühen neunziger Jahren untersuchen die sogenannten kritischen Sicherheitsstudien die eigentliche Politik der Gefahrendiskurse. Aus ihrer Sicht stellt Sicherheitspolitik im weiteren Sinne einen Wettstreit um die autoritative Interpretation der gelebten Realität und die politische Verwendung solcher Beschreibungen dar. Sicherheitspolitik, so verstanden, ist eine machtvoll diskutierte Diskussion über die Schaffung politischer Räume und deren ordnungspolitischen Nützlichkeiten: Wie Gefahrendiskurse definiert werden und von wem, wie sie Akteure ein- und ausgrenzen, und welche Vorhaben sie damit ermächtigen, hängt direkt davon ab, wie politische Machtverhältnisse Welt- und Wertvorstellungen privilegieren oder nachordnen.

Ziel des vorliegenden Beitrages ist es, eine Einführung in die in der Schweiz noch immer wenig bekannten kritischen Sicherheitsstudien zu präsentieren und ihre Zugänge zu politischen Räumlichkeiten

darzulegen. Dazu ist der Beitrag wie folgt strukturiert: Der erste Teil der Untersuchung umschreibt die Emergenz der kritischen Sicherheitsstudien als eigene, sich von klassischen politikwissenschaftlichen Ansätzen differenzierende Forschungsrichtung. Der zweite Teil resümiert die heutigen «Hauptschulen» der kritischen Sicherheitsanalyse – die feministischen Sicherheitsstudien, die Waliser Schule, die Pariser Schule und die Kopenhagener Schule – und illustriert sie an Beispielen aus der schweizerischen Sicherheitspolitik. Der dritte Teil fokussiert auf die besonders einflussreiche Kopenhagener Theorie der Versicherheitlichung (*Securitization Theory*). Er fächert die einzelnen Argumente der *Securitization Theory* auf und erklärt ihre sozio-linguistischen Annahmen. Das Schlusswort fasst die Arten von politischer Räumlichkeit zusammen, welche die kritischen Sicherheitsstudien untersuchen, um damit eine Brücke zwischen den Internationalen Beziehungen und der Politischen Geographie zu schlagen.

2 Kritische Sicherheitsstudien: Emergenz und Bedeutung

Die kritischen Sicherheitsstudien erwachsen aus zwei grösseren Diskussionen der achtziger Jahre (WÆVER & BUZAN 2007). Kernanliegen der ersten Diskussion war die Dominanz militaristischer Sicherheitspolitiken. Es wurde debattiert, ob Armeen einen umfassenden Sicherheitsbeitrag leisten können, oder ob knappe Ressourcen nicht vermehrt auch «alternativen» Sicherheitskonzepten, also dem Gesundheitswesen, dem Umweltschutz, den Menschenrechten oder der Diplomatie zugeführt werden sollten (KRAUSE & WILLIAMS 1996). Die zweite Diskussion fokussierte auf die statischen Theorien der internationalen Politik derselben Zeit, zentrierte sich also auf die Notwendigkeit evolutiver Politikmodelle. Debattiert wurde hier, ob internationale Sicherheit notwendigerweise durch gegenseitige nukleare Abschreckung erzielt werden muss, oder ob weniger zynische Zustände der internationalen Politik erreichbar sind (ASHLEY 1987; COX 1981). Als Fachgebiet entwickelten sich die kritischen Sicherheitsstudien aus der Schnittmenge dieser pragmatischen und wissenschaftstheoretischen Kritiken. Damit befassten sie sich seit Anbeginn mit der Frage, wie Sicherheitspolitiken definiert, wie sie politisch umstritten, und wie sie neu definiert werden können.

Doch wofür steht der Ausdruck «kritisch» ganz genau? Kritisch bedeutet keineswegs, per dialektische Umkehrung, dass andere politikwissenschaftliche Ansätze unkritisch wären. Wissenschaft ist immer kritisch, wenn sie die grundlegenden Annahmen von Denk- und Erklärungsmodellen hinterfragt. Die Begrifflichkeit «kritische Sicherheitsstudien» verweist jedoch darauf, dass viele gängige Erklärungen der internationalen Politik dieses konstitutive Element der Wissenschaft aus den Augen verloren haben. Effektiv haben traditionelle Politiktheorien die Methodologie – also die Lehre der systematischen und oft quantitativen Erfassung und Messung politischer Prozesse – derart stark privilegiert und idealisiert, dass sie grundlegende Diskussionen über Ontologie und Epistemologie – also die fundamentalen Annahmen darüber, was überhaupt als politische Realität verstanden wird, und wie diese in Erfahrung gebracht werden kann – vernachlässigen (FEYERABEND 1981).

Gleichzeitig spielt der Begriff «kritisch» aber auch auf das erweiterte Gedankengut der Frankfurter Schule an. Die wohl einflussreichsten Arbeiten dieses Zirkels diskutierten die politische Handhabung verschiedener Realitätsvorstellungen und die Verortung und Problematisierung vorherrschender Meinungen (HORKHEIMER 1937). Die Frankfurter Schule hinterfragte, wie gesellschaftliche Normen und Politiken als einzig gültig erklärt werden. Damit stellte sie nicht nur die Frage nach anderen möglichen Zuständen – sie erfragte auch, welche Normen oder Politiken überhaupt gewünscht sind, und wie solche erreicht werden könnten. Somit legte dieses Kollektiv den Grundstein, um Politiken als Resultat machtvoller Diskurssetzung durch Partikulargruppen zu verstehen beziehungsweise als solche zu dekonstruieren. Basierend auf dieser Analyse können vorherrschende Politiken heute als womöglich «verbesserbare» oder auch «demokratisierbare» Politiken herausgefordert werden. Die kritische Hinterfragung von Ist-Zuständen macht das sogenannte emanzipatorische Handeln, die direkte Einflussnahme für wünschenswertere Zustände, also überhaupt erst möglich (LINKLATER 1990).

Wie nachfolgend besprochen, ist das emanzipatorische Handeln durch Wissenschaft aber nicht unproblematisch, ist die Festlegung wünschenswerterer Politiken doch auch in sich selber eine machtvolle Diskurssetzung. Somit werden explizit emanzipatorische Schlüsse dann auch nicht von allen kritischen Sicherheitsansätzen in derselben Art und Weise geteilt. Folglich besteht ein Unterschied zwischen den explizit emanzipatorischen Kritischen Sicherheitsstudien (*Critical Security Studies*) einerseits und den weniger offen progressiven kritischen Sicherheitsstudien (*critical security studies*) andererseits. Kritische Ansätze nehmen also unterschiedlich Anleihe bei verschiede-

nen Autoren der Frankfurter Schule, oder sie beziehen sich auf anderweitige Ansätze der politischen Rekonstruktion, so zum Beispiel auf die neuere post-strukturalistische Diskursethik. Ihnen gemeinsam ist aber, dass sie sich einer reflexiven Epistemologie verschreiben, gesellschaftliche Normen und Politik also immer als Produkt einer mehr oder minder demokratisch geschaffenen kollektiven Konstruktion ansehen, dass sie aktuelle nationale Sicherheitspolitik immer nur als eine von vielen verschiedenen möglichen Sicherheitspolitiken verstehen, und dass sie konsequent hinterfragen, wer durch die Festlegung auf eine spezifische Sicherheitspolitik übergangen und ausgegrenzt wird (KRAUSE 1998).

3 Denkschulen der kritischen Sicherheitsanalyse

Mit der Popularisierung von reflexiven Untersuchungsansätzen in den Politikwissenschaften haben sich die kritischen Sicherheitsstudien heute erfolgreich als wissenschaftliches Spezialgebiet etabliert, dabei jedoch kein homogenes Forschungsprogramm geschaffen (CASE 2006). Eine kurze Übersicht über die heutigen Denkschulen der kritischen Sicherheitsstudien illustriert nachfolgend, wie kritische Ansätze Sicherheitspolitik analysieren (vgl. auch Übersichtstabelle 1). Dazu werden diese «Hauptschulen» der Systematisierung halber nach der Offenheit ihrer emanzipatorischen Präferenzen geordnet und bewusst ideal-typisch präsentiert. Eine genauere Untersuchung der Literatur würde zeigen, dass die Schulen heterogener sind als hier aufgezeigt, und dass weitere verwandte, wenn auch heute weniger einflussreiche, kritische Sicherheitstheorien wie zum Beispiel post-strukturalistische und post-koloniale Ansätze ausgemacht werden könnten (SMITH 1999; WALKER 2007).

Die feministischen Werke der späten Jahrzehnte stellen die eigentlichen Pionierarbeiten der kritischen Sicherheitsanalyse dar. Ihr zentrales Argument ist, dass die Vergeschlechtlichung der Sicherheitspolitik unerkannt bleibt: Obwohl zum Beispiel die Mehrheit der heutigen Kriegsopfer und Flüchtlinge Frauen sind, und sexuelle Gewalt gegenüber Frauen ein gängiges Mittel der Kriegsführung darstellt, werden die spezifischen Sicherheitsbedürfnisse von Frauen nicht oder kaum von aktuellen Sicherheitspolitiken berücksichtigt – wohl gerade auch, weil die sicherheitspolitischen Gestaltungsprozesse fast ausschliesslich von Männern geführt werden (TICKNER 1995). Feministische Arbeiten unterstreichen, wie «Frauen» als Kollektiv stereotypisch – zum Beispiel als friedliebend, irrational oder passive Reizobjekte – konstruiert, und wie damit ihre realen Bedürfnisse wahrhaft ignoriert werden (ELSHTAIN 1986; ENLOE 1989). In diesen Arbeiten wird aufgezeigt, wie Charakterisierungen von Kollektiven

Denkschulen	Hauptaussagen	Anwendungsbeispiele aus der Schweiz
Feministische Ansätze	Sicherheitspolitiken verkennen ihre <i>gender biases</i> . Sie konstruieren das Kollektiv «Frauen» stereotypisch, erkennen aber die Konsequenzen solcher Konstruktion nicht: Real existierende Sicherheitsbedürfnisse von Frauen werden übergangen oder vernachlässigt.	<ul style="list-style-type: none"> • Besonders genderrelevante Themen wie häusliche Gewalt oder Menschenhandel werden als wenig bis gar nicht sicherheitsrelevant anerkannt. • Unter den wichtigsten 44 Sicherheitsexperten der Schweiz sind zwei Frauen (HAGMANN 2009). • Bis zur Armee XXI wurde Frauen der Zugang zu gleichen Bewaffnungen und Armeefunktionen versagt.
Waliser Schule	Sicherheitspolitik soll sich nicht mit abstrakter Staatssicherheit, sondern mit alltäglichen menschlichen Unsicherheiten befassen (<i>human security</i>). Sicherheitspolitik kann und muss politisch emanzipiert, das heisst auf zivilere Thematiken umgelenkt, werden.	<ul style="list-style-type: none"> • Historische Kritik an exklusiv militärischen Sicherheitspolitiken als Emanzipation • Z.B. Kleinwaffenkontrollen, Friedenspolitik, Stärkung von Minderheitenrechten, Demokratisierung von Sicherheitsorganen als Emanzipation • Bestrafung von Dienstverweigerern und Zivildienstleistenden im Namen der «nationalen Sicherheit» als Gegenbeispiel zu Emanzipation
Pariser Schule	Unsicherheitsthemen werden innerhalb von (trans-) nationalen Berufsfeldern definiert, diese werden von unterschiedlich machtvollen Akteuren dominiert. In Berufsfeldern können neue Unsicherheitsdiskurse die Positionen einzelner Akteure stärken oder schwächen. Auch ermöglichen Unsicherheitsdiskurse verschiedene Handhabungen des öffentlichen Raumes.	<ul style="list-style-type: none"> • Unsicherheitsvorstellungen sind vielfältig – z.B. Parteien, Ämter, Institute avancieren unterschiedliche Bedrohungsbilder (HAGMANN 2010). • Neue transnationale Unsicherheitsdiskurse transformieren Bundesämter, stärken z.B. die Bundespolizei oder das Aussendepartement. • «Risikospiele» als ein Unsicherheitsdiskurs, welcher Überwachung in Fussballstadien und die Ausarbeitung neuer Strafkonzeppte wie Schnellrichter und Rayonverbote direkt ermöglicht.
Kopenhagener Schule	Unsicherheitsthemen sind selten von globaler Gültigkeit. Identitätssicherheit bezieht sich auf einen politischen Prozess der kulturalistischen Ausgrenzung fremder Gruppierungen. Durch die Versicherheitlichung werden Bedrohungen etabliert und ausserordentliche Politiken ermöglicht.	<ul style="list-style-type: none"> • Deklaration von Sicherheitsinteressen überhaupt: z.B. Terrorismus, Migration, Klimawandel • Behauptung einer singulären helvetischen Identität durch Rückweisung von scheinbar gegensätzlichem Fremdländischem: Balkan oder Islam als proklamierte «kulturelle Bedrohungen» • Behauptung von Ausnahmevollmachten im Namen der nationalen Sicherheit, z.B. das Zurückhalten der Tinner-Akten vor der Justiz durch den Bundesrat

Tab. 1: Zentrale Denkschulen in den kritischen Sicherheitsstudien
Central schools of thought in critical security studies
Les principales écoles de pensée en matière d'études critiques de la sécurité

durch rhetorische und politische Strategien erst zu scheinbar natürlichen Wahrheiten gemacht werden, und wie sich diese dann nachteilig auf eben diese Gruppierung auswirken – die sicherheitspolitische Diskurssetzung also sehr spezifische politische Geographien von geschlechtlicher Unterordnung oder gar Exklusion konstruiert. Viele, jedoch nicht alle feministischen Arbeiten schliessen aus ihren Untersuchungen auf die Notwendigkeit, solche Unterordnungen und Exklusionen politisch aktiv zu korrigieren.

Die Waliser Schule aus Aberystwyth führt ähnliche Analysen ins Feld, um stereotypisierte Vorstellungen

von Sicherheitspolitik zu hinterfragen. Im Gegensatz zu den feministischen Studien fokussiert sich die Waliser Schule jedoch allgemeiner auf die konzeptionelle und thematische Ausrichtung von Sicherheitspolitik als solche. KEN BOOTH (1991) zum Beispiel argumentierte, dass militaristische nationale Sicherheitskonzepte an der gelebten Realität der alltäglichen Sicherheitsbedürfnisse der meisten Menschen vorbeizielten. Nicht die staatliche, sondern die menschliche Sicherheit müsse zum Zentrum des sicherheitspolitischen Handelns gemacht werden – denn wie der Staat nur ein Mittel zum Zweck sei, so müssten immer die Sicherheitsbedürfnisse der Bevölkerung nationale Sicher-

heitspolitiken anleiten. Nach Ansicht der Waliser Schule kann Sicherheitspolitik emanzipiert werden, wenn sie erfolgreich auf «menschlichere» Ziele ausgerichtet wird (BOOTH 2005; WYN JONES 2001). Somit setzt sich die Waliser Schule klar für nichtmilitärische Sicherheitskonzepte ein.

Auch die Pariser Schule teilt das Anliegen, dominante und alternative Konzeptionen von Sicherheit zu verorten und zu problematisieren. Die Pariser Schule steht der Universalität emanzipatorischer Schlüsse jedoch skeptischer gegenüber. Gleichzeitig ist sie bemüht, durch profunde empirische Arbeit festzustellen, wie Sicherheitspolitiken effektiv gelagert sind, das heisst, klar zu verorten, wer durch Gefahrendiskurse wie ein- oder ausgegrenzt wird. In ihren Arbeiten verbindet die Pariser Schule die kritische Soziologie PIERRE BOURDIEUS mit der post-strukturalistischen Diskursanalytik MICHEL FOUCAULTS. Über ihre Theorien wird untersucht, wie sogenannte Berufsfelder (oder professionelle Netzwerke) strukturiert sind, wie innerhalb von Berufsfeldern öffentliche Wahrheiten durch politische Koalitionen und Konfrontationen elaboriert werden, und welche Effekte so festgelegte Wahrheiten schliesslich auf die öffentliche Ordnung haben. Angewandt auf den Sicherheitsbereich werden damit drei Fragen aufgeworfen: Wie organisieren sich professionelle Sicherheitspolitiker (trans-) national, und wie sind ihre Beziehungen strukturiert? Von wem werden Vorstellungen von öffentlicher Unsicherheit vorangetragen, wann und wie werden diese politisch umstritten? Welches sind die praktischen Effekte solcher Ideen auf die öffentliche Ordnung? Diesen Fragen folgend, forscht die Pariser Schule zum Beispiel zur Reorganisation europäischer Polizeiorganisationen infolge neuer transnationaler Kriminalitätsdiskurse (BIGO 1996), zu umstrittenen illiberalen Rahmungen von Migranten als nationale Sicherheitsgefahren (HUYSMANS 2006) oder zu den Effekten von neuen Sicherheitstechnologien – wie zum Beispiel der Biometrie oder Überwachungskameras – auf die Handhabung öffentlicher Orte (CEYHAN 2007).

Die Kopenhagener Schule schliesslich bezeichnet die vielfältigen Arbeiten des ehemaligen dänischen Friedensforschungsinstitutes (Copenhagen Peace Research Institute), COPRI, wie es durch sein englisches Kürzel bekannt wurde, stand sowohl den traditionellen Sicherheitsstudien wie auch der Friedensforschung selber skeptisch gegenüber, versuchte also Teile beider Forschungsprogramme neu zu vernetzen (BUZAN 1984). Seit den neunziger Jahren sind die Arbeiten des COPRI unter dem Namen «Kopenhagener Schule» für drei Forschungsschwerpunkte bekannt: Europäische Sicherheit, Identitätssicherheit und Versicherheitlichung. Der Begriff europäische Sicherheit steht für einen engagierten analytischen und

empirischen Fokus auf kontinentale Sicherheitsfragen, also einer sorgfältigen Widerlegung von totalisierenden globalen Sicherheitsthemen und -theorien, US-amerikanischen Diskursen insbesondere (BUZAN & WÆVER 2003). Der Forschungsschwerpunkt Identitätssicherheit situiert sich in diesem regionalen Rahmen. Er hinterfragt diejenigen politischen Taktiken und Nützlichkeiten, mit welchen in Europa versucht wird, Fremdländisches – fremde Religionen, alternative Familienstrukturen, ausländische Gesellschaftsnormen – als sogenannte kulturelle Bedrohungen für die behauptete eigene nationale Identität zu präsentieren (BUZAN et al. 1993). Die Versicherheitlichung schliesslich theoretisiert die eigentlichen sozio-linguistischen Schaffungsprozesse und generellen ordnungspolitischen Effekte der sicherheitspolitischen Diskurssetzung. Die sogenannte Theorie der Versicherheitlichung (*Securitization Theory*) wird heute nicht nur als wichtigster Beitrag der Kopenhagener Schule wahrgenommen. Auch im Vergleich zu den übrigen kritischen Sicherheitsüberlegungen wird die *Securitization Theory* heute am weitesten zirkuliert und angewandt, ein «Erfolg», der gerade auch in der Mehrschichtigkeit des Ansatzes begründet liegt (MCDONALD 2007). Die sehr starke Resonanz dieser Kopenhagener Theorie ist Grund genug, um etwas genauer auf die Argumente, Anwendungen und Diskussionspunkte der *Securitization Theory* einzugehen.

4 Die Theorie der Versicherheitlichung

Was bezeichnet der Ausdruck «Versicherheitlichung»? *Securitization* bezeichnet den Prozess, durch den Themen als existentielle Bedrohungen präsentiert und ausserordentliche Vorgehensweisen ausserhalb der etablierten politischen Regelungen notwendig gemacht werden (BUZAN, WÆVER & DE WILDE 1998: 23-24). Damit beinhaltet die *Securitization Theory* drei Argumente: Erstens ist die Anerkennung von Sicherheitsthemen immer politisch. Thematiken nationaler Sicherheitspolitiken werden nie «natürlich» von einem objektiven Umfeld auf die Politik auferlegt, sie werden vielmehr pro-aktiv identifiziert und spezifiziert. Das bedeutet nicht zuletzt, dass Politiker oder Diskurssetzer im weiteren Sinne für die Problematisierung von Sicherheitsthemen direkt verantwortlich sind. Zweitens definiert *securitization* nicht nur Sicherheitsthemen, sie eröffnet danach auch ganz konkrete Politiken: Die sicherheitspolitische Diskurssetzung ist genau deswegen so spannend, und sie wird genau deshalb derart aktiv gesucht, weil sie politische Effekte zu erzeugen vermag. Denn wer eine Sicherheitsproblematik postuliert, behauptet zugleich auch immer eine Notwendigkeit, wenn nicht gar ein Recht, etwas gegen diese tun zu müssen. Drittens sind diese Effekte,



Abb. 1 und 2: Konstruktion von Bedrohungen durch Verknüpfung
Construction de menaces par association d'idées
Construction of threats through linking
 Quellen: SP SCHWEIZ 2007 und SVP REFERENDUMSKOMITEE 2009

nach Ansicht der Kopenhagener Schule, prinzipiell ausserordentlich. Identifizierte Bedrohungen postulieren existentielle Notlagen, und somit entheben sie die Handhabung solcher Themen aus der normalen politischen Diskussion (WÆVER 1995). Durch *securitization* werden also Exekutiventscheide und ausserordentliche Massnahmen ermächtigt – Feindbestimmungen ähnlich schafft die Versicherheitlichung antagonistische politische Räume, wodurch Ausgrenzungen und Politiken jenseits etablierter demokratischer Standards ermöglicht werden (WILLIAMS 2003). Bestehend auf diesen Effekten notiert die Kopenhagener Schule ihre Präferenz für die *de-securitization* als demokratische Offenhaltung und politische Entgrenzung kollektiver Gefahrendiskurse.

Wie funktioniert *securitization* in der Praxis? Der praktische Prozess der Versicherheitlichung teilt sich in zwei Komponenten auf. Auf der konzeptionellen Seite findet die eigentliche Konstruktion von Bedrohungsthemen statt. Diese entsteht dadurch, dass eine Autorität sogenannte unterstützende Observationen

bemüht, um existentielle Bedrohungen gegen spezifische Kollektive zu stellen – also indem zum Beispiel der Präsident der Vereinigten Staaten den Einsturz der New Yorker Twin Towers aufgreift, um religiösen Fundamentalismus als fundamentale Bedrohung der «freien Welt» zu postulieren, indem eine nationale Partei eine Verbindung zwischen Terrorismus und Nuklearkraft erstellt, um Letztere als grundlegende Bedrohung für die Schweiz zu präsentieren, oder indem ein Referendumskomitee die Einwanderung bemüht, um das Personenfreizügigkeitsabkommen als grundlegende Gefahr für das wirtschaftliche Überleben schweizerischer Familien zu positionieren (siehe Abb. 1 und 2). Auf der prozessualen Seite finden diejenigen Mechanismen statt, durch die konstruierte Bedrohungen in gemeingültige Wahrheiten transformiert werden. Denn wie werden die a priori individuellen Bedrohungskonzeptionen eines Politikers erfolgreich in öffentliche Meinungen übersetzt? Die Kopenhagener Schule argumentiert, dass die sicherheitspolitische Diskurssetzung nur dann erfolgreich ist – also von der breiten Öffentlichkeit akzeptiert

wird – wenn Diskurssetzer Existenzgrammatiken benutzen und aus autoritativen Positionen sprechen. Einerseits bedeutet dies, dass ein gewisses Vokabular von existenzieller Notlage vermittelt werden muss. In mehreren Ländern wird heute zum Beispiel Terrorismus nicht einfach als punktueller Schaden dargestellt, sondern, durch die rein theoretische Möglichkeit eines nuklearen Terroraktes, als existenzielle Bedrohung überhaupt. Andererseits heisst dies, dass nicht jedermann, sondern nur anerkannte Persönlichkeiten wie Bundesräte, führende Parlamentarier oder anerkannte Experten über Prestige und Kommunikation öffentliche Sicherheitsdiskurse erfolgreich zu setzen vermögen. Damit spielt die Sprechakttheorie JOHN AUSTINS eine zentrale Rolle in der *Securitization Theory*. Basierend auf seinen Arbeiten wird die Sichtweise vorangetragen, dass durch Sprache und aus bestimmten Positionen ganz direkt konkrete politische Effekte forciert werden können.

Durch die Mehrschichtigkeit ihrer Argumente hat die *Securitization Theory* in den letzten Jahren stark auf die Disziplin der Internationalen Beziehungen eingewirkt. Nicht überraschend wird sie angerufen, um aktuelle Sicherheitspolitiken wie zum Beispiel die ausserordentliche Ausgrenzung von Migranten in Europa oder die Etablierung rechtsfreier Räume wie Guantánamo in Amerika zu erklären. Doch lässt sich die Theorie auch auf die Schweiz anwenden? Dass Sicherheitsthemen nur durch proaktive Diskurssetzung überhaupt anerkannt werden, ist schwierig zu bestreiten. Terrorismus wäre kein Thema für die Schweiz, wenn einflussreiche Politiker, Journalisten und Wissenschaftler das Thema nicht aktiv aufgegriffen und als nationale Herausforderung präsentiert hätten. Auch ausserordentliche Effekte von *securitization* lassen sich in der Schweiz erkennen, erscheinen sie auch weniger spektakulär als das internationale Paradebeispiel Guantánamo. Rahmungen von Ausländern und fremden Religionen als Bedrohungen für die nationale Sicherheit zum Beispiel versuchen ganz direkt, ausserordentliche, dem verfassungsrechtlichen Grundsatz der Gleichbehandlung eigentlich zuwiderlaufende Reglementierungen ebendieser zu erwirken. Dies zeigte sich zum Beispiel in der vom Stimmvolk angenommenen Anti-Minarett-Initiative vom November 2009 (siehe dazu auch Abb. 1 im Editorial dieses Themenhefts). Im Rahmen dieser Kampagne suggerierten rechts-nationale Politiker eine untrennbare Beziehung zwischen Islam, Gewalt und Terrorismus, ein Gefahrendiskurs, der jedoch so von anderen Kräften nicht geteilt beziehungsweise auch direkt in Beschlag genommen und für anderweitige Anliegen umgedeutet wurde (siehe Abb. 3 und 4).

Mit ihrer kritischen Sichtweise und ihrem sozio-linguistischen Weltverständnis stellt die *Securitization Theory*

der internationalen Politikforschung ein innovatives Analyseraster zur Verfügung. Dennoch sind verschiedene ihrer Aussagen und Annahmen umstritten und bedürfen der weiteren Klärung (STRITZEL 2007). Darauf bezugnehmend wird die Theorie heute am Centre for Advanced Security Theory, dem Nachfolgeinstitut des COPRI, im Rahmen eines nationalen Forschungsprogrammes weiterentwickelt: Erstens werden die Transmissionsmechanismen zwischen Diskurssetzern und Publika genauer untersucht. Wie werden öffentliche Angstbilder zum Beispiel auch von Medienlogiken beeinflusst, oder wie werden sie von materiellen städtebaulichen Massnahmen – wie etwa Stahlbeton-Pollern vor ausländischen Botschaften – perpetuiert (FRIEDLUND 2008)? Zweitens wird der Frage nachgegangen, wie demokratisch Sicherheitspolitik formuliert wird, werden kann und werden soll (VUORI 2007). Drittens wird die grundlegende Frage verfolgt, ob Sicherheitsrahmungen notwendigerweise immer ausserordentliche Effekte erzeugen müssen: Kann Sicherheitspolitik auf willkommenere Praktiken umgelenkt werden, wie dies etwa die Waliser Schule andeutet, oder erweist sich nur die *de-securitization*, also die konsequente Vermeidung jeglicher Sicherheitsrahmungen als einzig valable Strategie (HAGMANN 2008)?

5 Räume der Unsicherheit

Die kritischen Sicherheitsstudien untersuchen, für wen, gegen wen und durch wen Sicherheit definiert wird, und sie analysieren, wie etablierte Gefahrendiskurse politische Entscheidungen und Handhabungen öffentlicher Räume strukturieren. Damit bestehen enge Verbindungen zwischen Sicherheit einerseits und politischen Räumlichkeiten andererseits: Feministische Arbeiten untersuchen, wie das Sprechen von Unsicherheit für bestimmte Akteure – aber nicht für andere – spezifische Geographien von Betroffenheit und Mitsprache erzeugt. Die Waliser Schule analysiert, wie die Definition von Verwundbarkeit durch einseitige, zum Beispiel militärische, Massstäbe internationale Politik nach eben diesen ordnet. Die Pariser Schule erörtert einerseits, wie einflussreiche Gefahrendiskurse innerhalb von Berufsfeldern politische Institutionen und Akteure unterschiedlich privilegieren, und andererseits, wie die Erschaffung neuer Gefahrendiskurse und Sicherheitstechnologien neue Handhabungen öffentlicher Orte ermöglicht. Die Kopenhagener Schule schliesslich erforscht, wie existentielle Gefahrendiskurse politische Räume durch Feinderkennung und Identitätskonstruktion ein- und ausgrenzen, und wie sie damit ausserordentliche Politiken ermöglichen.

Wie sich die kritischen Ansätze mit der Umschreibung und Organisation von Räumlichkeiten befassen,

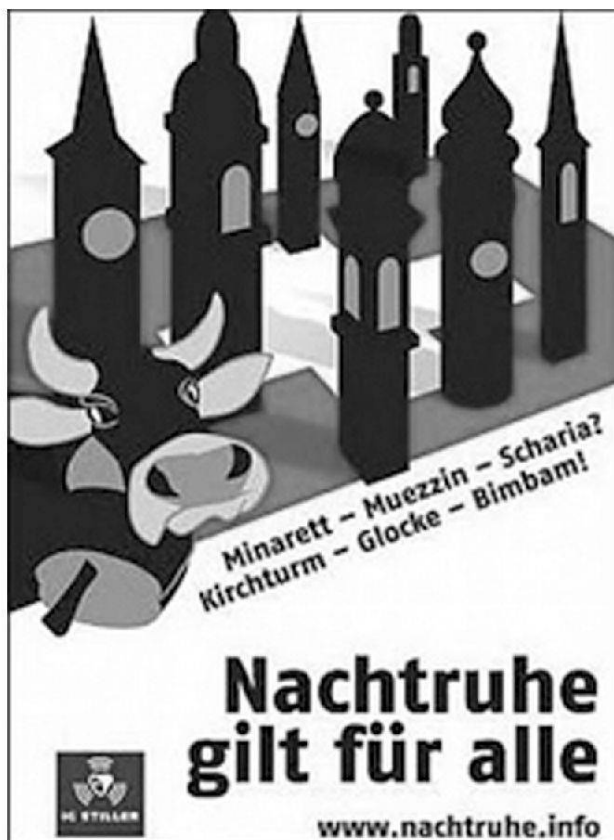


Abb. 3 und 4: Umdeutung ausserordentlicher Gefahrendiskurse
Contestation des discours d'insécurité extraordinaires
Contestation of extraordinary danger discourses
 Quellen: IG STILLER 2010 und GSOA 2009

so ist ein interdisziplinärer Brückenschlag zwischen den Internationalen Beziehungen und der Politischen Geographie, insbesondere der *critical geopolitics*, also unübersehbar (z.B. DALBY & Ó TUATHAIL 1998). Effektiv könnten gerade die kritischen Sicherheitsstudien von einem solchen Brückenschlag profitieren. Denn die konsequente empirische Untersuchung verschiedener (Un-) Sicherheitsgeographien bleibt trotz raffinierten konzeptionellen Überlegungen eines ihrer zentralen Defizite. Die Konzentration auf westliche Sicherheitspraktiken, aber auch die theoretischen Anleihen – zu Politik, Hegemonie, menschlicher Sicherheit und Emanzipation – aus europäischen politischen Theorien könnten eine Anwendung ihrer Argumente ausserhalb der nordatlantischen Region problematisch gestalten (JAHN 1998; WILKINSON 2007). Ein Zusammenschluss der kritischen Sicherheitsanalyse und der Politischen Geographie erweist sich heute also als äusserst nützlich, um Räume der Unsicherheit weiter zu spezifizieren, zu kontextualisieren und zu problematisieren.

Bibliographie

- ASHLEY, R. (1987): The geopolitics of geopolitical space: toward a critical social theory of international politics. – In: *Alternatives* 12, 4: 403-434.
 BIGO, D. (1996): *Polices en réseaux: l'expérience européenne*. – Paris: Presses de la Fondation Nationale des Sciences Politiques.
 BOOTH, K. (1991): Security and emancipation. – In: *Review of International Studies* 17, 4: 313-326.
 BOOTH, K. (2005): *Critical security studies and world politics*. – London: Lynne Rienner.
 BUZAN, B. (1984): *Peace, power, and security: contending concepts in the study of international relations*. – In: *Journal of Peace Research* 21, 2: 109-125.
 BUZAN, B., WÆVER, O., KELSTRUP, M. & P. LEMAITRE (1993): *Identity, migration and the new security agenda in Europe*. – Basingstoke: Palgrave Macmillan.
 BUZAN, B., WÆVER, O. & J. DE WILDE (1998): *Security: a new framework for analysis*. – Boulder: Lynne Rienner.
 BUZAN, B. & O. WÆVER (2003): *Regions and power: the*

- structure of international security. – Cambridge: Cambridge University Press.
- CASE COLLECTIVE (2006): Critical approaches to security in Europe. – In: *Security Dialogue* 37, 4: 443-487.
- CEYHAN, A. (Hrsg.) (2007): Identifier et surveiller: les technologies de sécurité. – Paris: L'Harmattan.
- COX, R. (1981): Social forces, states, and world orders: beyond international relations theory. – In: COX, R. & T.J. SINCLAIR (Hrsg.): *Approaches to world order*. – New York: Cambridge University Press: 85-123.
- DALBY, S. & G. Ó TUATHAIL (1998): *Rethinking geopolitics*. – London: Routledge.
- ELSHTAIN, J. (1986): Critical reflections on realism, feminism and just war in the nuclear age. – In: COHEN, A. & S. LEE (Hrsg.): *Nuclear weapons and the future of humanity: the fundamental questions*. – Totowa: Rowman and Allenheld: 255-272.
- ENLOE, C. (1989): *Bananas, beaches and bases: making feminist sense of international politics*. – Berkeley: University of California Press.
- FEYERABEND, P. (1981): How to defend society against science. – In: HACKING, I. (Hrsg.): *Scientific revolutions*. – Oxford: Oxford University Press: 156-167.
- FRIEDLUND, M. (2008): Cities in panic!? Towards new histories of terror and the security and power of mundane things. – Paper presented at the CAST Research Seminar, Copenhagen, November 26.
- GSOA (2009): Plakat «Gefährlich? Ungefährlich?» – <http://www.gsoa.ch/themen/kriegsmaterial-exporte/01003/neues-gsoa-shirt> 25.8.2010.
- HAGMANN, J. (2008): *Reconstructing security studies' emancipatory dialogue with peace research*. – Copenhagen: Centre for Advanced Security Theory.
- HAGMANN, J. (2009): Mapping a field of social force: power and persuasion in the Swiss security community. – Paper presented at the 49th International Studies Association Annual Convention, New York, February 18.
- HAGMANN, J. (2010): Beyond exceptionalism? New security conceptions in contemporary Switzerland. – In: *Contemporary Security Policy* 31, 2: 249-272.
- HORKHEIMER, M. (1937): Traditionelle und kritische Theorie. – In: *Zeitschrift für Sozialforschung* 6: 245-294.
- HUYSMANS, J. (2006): *The politics of insecurity: fear, migration and asylum in the EU*. – London: Routledge.
- IG STILLER (2010): Plakat «Nachtruhe gilt für alle». – <http://www.nachtruhe.info> 25.8.2010.
- JAHN, B. (1998): One step forward, two steps back: critical theory as the latest edition of liberal idealism. – In: *Millennium: Journal of International Studies* 27, 3: 613-641.
- KRAUSE, K. (1998): Critical theory and security studies: the research programme of «Critical Security Studies». – In: *Cooperation and Conflict* 33, 3: 298-333.
- KRAUSE, K. & M. WILLIAMS (1996): Broadening the agenda of security studies: politics and methods. – In: *Mershon International Studies Review* 40, 2: 229-254.
- LINKLATER, A. (1990): *Beyond realism and marxism*. – Basingstoke: Palgrave MacMillan.
- MCDONALD, M. (2007): Securitization and the construction of security. – In: *European Journal of International Relations* 14, 4: 563-587.
- SMITH, S. (1999): The increasing insecurity of security studies: conceptualizing security in the last twenty years. – In: *Contemporary Security Policy* 20, 3: 72-101.
- SP SCHWEIZ (2007): Plakat «Nein zum Atomrisiko». – <http://www.20min.ch/news/schweiz/story/14636588> 10.3.2010.
- STRITZEL, H. (2007): Towards a theory of securitisation: Copenhagen and beyond. – In: *European Journal of International Relations* 14, 1: 357-383.
- SVP REFERENDUMSKOMITEE (2009): Plakat «Job verlieren? Nein am 8. Februar». – <http://www.ostzuwanderung.ch> 15.1.2009.
- TICKNER, A.J. (1995): Re-visioning security. – In: BOOTH, K. & S. SMITH (Hrsg.): *International relations theory today*. – University Park: Pennsylvania State University Press: 175-197.
- VUORI, J. (2007): Illocutionary logic and strands of securitization: applying the theory of securitization to the study of non-democratic political orders. – In: *European Journal of International Relations* 14, 1: 65-99.
- WÆVER, O. (1995): Securitization and de-securitization. – In: LIPSCHUTZ, R. (Hrsg.): *On security*. – New York: Columbia University Press: 46-86.
- WÆVER, O. & B. BUZAN (2007): After the return to theory: the past, present and future of security studies. – In: COLLINS, A. (Hrsg.): *Contemporary security studies*. – Oxford: Oxford University Press: 383-402.
- WALKER, R.B.J. (2007): Security, critique, Europe. – In: *Security Dialogue* 38, 1: 95-103.
- WILKINSON, C. (2007): The Copenhagen School on tour in Kyrgyzstan: is Securitization Theory useable outside Europe? – In: *Security Dialogue* 38, 5: 5-25.
- WILLIAMS, M. (2003): Words, images, enemies: securitization of international politics. – In: *International Studies Quarterly* 47, 4: 511-533.
- WYN JONES, R. (2001): *Critical theory and world politics*. – London: Lynne Rienner.

Zusammenfassung: Räume der Unsicherheit: Konstruktion, Emanzipation und Exklusion durch Sicherheitspolitik

Die kritischen Sicherheitsstudien befassen sich seit den neunziger Jahren mit der Frage, wie Gefahrendiskurse politische Landschaften von Inklusion und Exklusion erschaffen, wie sie die gesellschaftliche Meinungsbildung strukturieren, und wie sie die sicherheitspolitische Handhabung des öffentlichen Raumes definieren. Dieser Artikel präsentiert eine Einführung in die in

der Schweiz noch immer wenig bekannten kritischen Sicherheitsstudien. Er fasst die konzeptionellen Überlegungen ihrer heutigen Denkschulen zusammen, und er illustriert sie anhand praktischer Fallbeispiele aus der jüngeren schweizerischen Sicherheitspolitik. Ziel des Artikels ist es aufzuzeigen, wie Sicherheitspolitiken verschiedene politische Räumlichkeiten erschaffen und gestalten, wodurch ein Dialog zwischen der Politischen Geographie und der Disziplin der Internationalen Beziehungen geschaffen werden soll.

Schlüsselwörter: Kritische Sicherheitsstudien, Gefahrndiskurse, politischer Raum, Schweiz

Résumé: Espaces d'insécurité: construction, émancipation et exclusion à travers les politiques de sécurité

Depuis les années quatre-vingt-dix, les approches critiques de la sécurité analysent comment les discours sur l'insécurité créent des paysages politiques d'inclusion et d'exclusion, structurent la formation de l'opinion publique et définissent la gestion de la sécurité des espaces publics. Cet article constitue une introduction aux approches critiques de la sécurité qui à leur tour sont toujours mal connues en Suisse. Il résume les arguments analytiques des différentes approches critiques et les applique à des exemples récents de la politique de sécurité suisse. L'objectif de l'article est de montrer comment les politiques de sécurité construisent et façonnent les espaces politiques et de contribuer au dialogue entre géographie politique et Relations internationales.

Mots-clés: études critiques de la sécurité, discours sur l'insécurité, espace politique, Suisse

Abstract: Spaces of insecurity: construction, emancipation and exclusion through security policy

Since the 1990s, critical security studies look at how discourses of collective danger create landscapes of political inclusion and exclusion, how they affect public opinion-making, and how they structure the organization of the public sphere. This article offers an introduction to critical security studies, a field of research which is still given little attention in Switzerland. Main analytical arguments of current schools of thought are summarized and illustrated on the basis of contemporary Swiss security policy. The objective of the article is to show how security policies create and configure different political spaces, thereby establishing a dialogue between political geography and the discipline of international relations.

Keywords: critical security studies, danger discourses, political space, Switzerland

Dr. **Jonas Hagmann**, Center for Security Studies (CSS), ETH Zürich, Haldeneggsteig 4, CH-8092 Zürich, Schweiz.

e-mail: hagmann@sipo.gess.ethz.ch

Manuskripteingang/received/manuscript reçu le 23.1.2010

Annahme zum Druck/accepted for publication/accepté pour publication: 2.9.2010